Hitzige Debatte um Brandschutz am Gymnasium

Verwaltung wehrt sich gegen die Kritik der Liberalen. Doch die FDP legt noch einmal nach

Von Jürgen Overkott

Menden. Brandschutzmängel am städtischen Gymnasium erhitzen nach wie vor Gemüter. Die Stadtverwaltung wehrt sich gegen Kritik der Liberalen. Die FDP legt nach. Am Mittwoch tagt der Ausschuss für öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Die Verwaltung gibt Brandschutz-Mängel zu. Doch wie Stadt-Sprecher Manfred Bardtke erklärt, „stehen die noch nicht abgeschlossenen Arbeiten am Brandschutz dem Unterrichtsbetrieb des städtischen Gymnasiums nicht entgegen". Eine zeitweilige Sperrung der Schule sei „eine unverhältnismäßige Maßnahme, die deutlich über das erforderliche Maß hinausgegangen wäre". Allerdings räumt Stadt-Sprecher Bardtke ein, dass die Aula wegen fehlenden Rauchschutzes derzeit nur mit maximal 30 Personen belegt werden dürfe – es sei denn, die Feuerwehr stelle eine Brandwache.

Manfred Bardtke
FOTO: PRIVAT

Bardtke sagt weiter, es handele sich „um technische Anpassungen an neue Bauvorschriften und damit um eine Optimierung des derzeitigen Zustandes". Die Anpassungen wurden demnach durch eine neue Baugenehmigung erforderlich. Sie sollen „schrittweise umgesetzt" werden.

Die Maßnahmen seien „in enger Abstimmung" zwischen städtischem Immobilienbetrieb ISM, dem zuständigen Ingenieurbüro, dem Bauordnungsamt und der Feuerwehr erarbeitet worden.

ISM-Betriebsleiterin Ulrike Schriever soll im Ausschuss darlegen, dass der Schulbetrieb bisher „an keinem Tag gefährdet" gewesen sei.

Stefan Weige
FOTO: M. DINSLAGE

FDP-Fraktionschef Stefan Weige weist hingegen auf einen seiner Meinung nach bestehenden Widerspruch hin. Die Verwaltung habe vor Kurzem behauptet, die Brandschutz-Arbeiten seien termingerecht abgeschlossen worden. Zudem sei bei den Kosten von einer „Punktlandung" die Rede gewesen. Davon rücke die Verwaltung jetzt selbst ab.

Konzept muss ganz umgesetzt sein

Weige betont, ein Brandschutz-Konzept müsse vor der Inbetriebnahme eines Gebäude umgesetzt sein – und zwar „in Gänze".

Ferner weist Weige daraufhin, dass die Verwaltung sich nicht dazu äußere, warum es keine zwei Fluchtwege gebe. Sie äußere sich ebenfalls nicht zu fehlenden Rauchabdichtungen im Treppenhaus des Gymnasiums.

Weige kommt zu dem Schluss, die Gefährdung für Schüler und Eltern bleibe „weiterhin bestehen" – zumal die Unterrichtsräume weit wichtiger seien als die Aula. Weige spricht von „hohen Kosten", die auf die Stadt zukommen. Eine geschätzte Summe nennt er nicht.

Der Freidemokrat verlangt von der Verwaltung klare Worte, „wie und wann jetzt und nicht irgendwann das Brandschutzkonzept erfüllt wird".

Obendrein verlangt Weige eine Klärung, „wer denn nun letztendlich die Genehmigung zum Betrieb des Gymnasiums unterzeichnet hat und damit die Verantwortung trägt".